



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 20.02.2024**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	16:30 Uhr bis 17:24 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bodo Meerheim
Rudenz Schramm
Andreas Scholtyssek
Dr. Ulrike Wünscher

Dr. Mario Lochmann
Melanie Ranft
Martin Sehrndt
Dr. Sven Thomas
Eric Eigendorf
Tom Wolter
Klaus E. Hänsel

Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Vertretung für Herrn Schaaf
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
Fraktion Hauptsache Halle
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion MitBürger
Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier

Thomas Stimpel
Corinna Wolff
René Rebenstorf
André Bartel
Waldemar Roesler
Dr. Judith Marquardt
Mandy Krüger
Martin Heinz
Katharina Brederlow
Yves Stephan
Anne Malisch

Bürgermeister,
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Referent GB I
Leiterin Fachbereich Finanzen
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Controller GB II
Leiter Team Verkehrsentwicklung und Nahverkehr
Beigeordnete für Kultur und Sport
Controllerin GB III
Leiterin Fachbereich Immobilien
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Controller GB IV
Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Mario Schaaf

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Dr. Meerheim**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim schlug vor, folgenden Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.1

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des Housing First Konzeptes in Halle (Saale)

Vorlage: VII/2023/06313

→ **Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung wegen fehlender Zuständigkeit des Finanzausschusses**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.01.2024
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.01.2024
Vorlage: VII/2024/06784
6. Beschlussvorlagen

- 6.1. WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH
Fördermittelbeantragung und Weiterleitung bezüglich der WWB
Vorlage: VII/2024/06753
- 6.2. Wirtschaftsplan 2024 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: VII/2024/06756
- 6.3. Schülerbeförderungsvertrag
Vorlage: VII/2023/06642
- 6.4. Wahl eines Vertreters des Landes Sachsen-Anhalt in den Aufsichtsrat der MMZ
Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2024/06746
- 6.5. Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das
Haushaltsjahr 2024 im Fachbereich Städtebau und Bauordnung (Grundstückserwerb
Campus Kastanienallee)
Vorlage: VII/2024/06740
- 6.6. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das
Haushaltsjahr 2024 im Fachbereich Mobilität (Busschleuse Dieselstraße)
Vorlage: VII/2024/06757
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung des Housing
First Konzeptes in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06313
 - 7.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Schaffung und Etablierung lizenzfreier
Musik für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06558
 - 7.3. Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Angebotsanpassung bei der HAVAG notwendig
aufgrund massiver Kostensteigerungen
Vorlage: VII/2023/06455
 - 7.4. Antrag der Stadträte Klaus E. Hänsel und Torsten Schaper zur Neuregelung der
Kostenerstattung des Schülerverkehrs
Vorlage: VII/2023/06586
8. Mitteilungen
 - 8.1. Jährlicher Bericht über vergütete Praktikumsstellen gemäß Beschluss des Stadtrates vom
29.06.2021 (Vorlage Nr. VII/2021/02621)
Vorlage: VII/2024/06752
9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 9.1. Anfrage des Stadtrates Dr. Mario Lochmann zum Gästebeitrag
 - 9.2. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek zum Stand des Jahresabschlusses

N I C H T B E H A N D L U N G

10. Anregungen
11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.01.2024
12. Beschlussvorlagen
 - 12.1. Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlussprüfung 2023 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: VII/2024/06755
 - 12.2. Ankauf des Objekts "Richard-Paulick-Straße 13"
Vorlage: VII/2023/06627
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
 - 14.1. Berichterstattung zu Grundstücksgeschäften der Stadt Halle (Saale) im IV. Quartal 2023
Vorlage: VII/2024/06801
 - 14.2. Monatlicher Bericht zu personalrechtlichen Angelegenheiten - Januar 2024
Vorlage: VII/2024/06854
15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 15.1. Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf zur JVA Halle
16. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Da es keine Einwohnerfragen gab, beendete **Herr Dr. Meerheim** die Einwohnerfragestunde.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.01.2024

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 23.01.2024.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.01.2024
Vorlage: VII/2024/06784

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.01.2024 im Stadthaus vor dem Festsaal zur Einsichtnahme ausgehängen wurden.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH
Fördermittelbeantragung und Weiterleitung bezüglich der WWB
Vorlage: VII/2024/06753

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Stadt Halle (Saale) Fördermittel zur Änderung und Ertüchtigung des Wasserwerks Beesen beantragt, und zwar mit der Maßgabe, dass die bewilligten Fördermittel an die WWB Wasserwerk Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH weitergeleitet werden.
2. Der gesetzliche Vertreter der Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, alle zur beschlussmäßigen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

zu 6.2 Wirtschaftsplan 2024 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: VII/2024/06756

Herr Dr. Thomas bezog sich auf die Verringerung der liquiden Mittel und fragte nach dem Hintergrund hierfür und ob die liquiden Mittel ausreichen, um die Zahlungsfähigkeit dauerhaft zu gewährleisten.

Herr Roesler sagte, dass die Rückführung der entsprechenden Rücklagen so geplant und die Liquidität des Unternehmens damit gegeben ist.

Herr Dr. Thomas sagte, dass es sich um eine Rückführung der liquiden Mittel um über 90% handelt.

Herr Roesler sagte, dass der Wirtschaftsplan in der Gesellschafterversammlung beraten und zur Kenntnis genommen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 30. November 2023 zu folgendem Beschluss:

1. Entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrats beschließt die Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsplan für 2024 gemäß der Anlage.
2. Maßnahmen, die mit Fördermitteln geplant sind, stehen unter der Maßgabe der Bewilligung dieser Förderung. Sollten diese Mittel nicht wie vorgesehen zur Verfügung gestellt werden, ist über die Durchführung der Maßnahmen erneut zu beraten.
3. Der geplante projektbezogene Erfolgsanteil wird für die Finanzierung der in der Anlage dargestellten und durch den Verkehrsausschuss befürworteten Aufgaben/ Projekte 2024 genutzt. Wenn die geplante Gesamtfinanzierung der für 2024 aus dem Erfolgsanteil geplanten Projekte nicht zustande kommt (Fördermittel, Beteiligung Dritter), soll über die Finanzierung und eine mögliche volle Ausschöpfung des projektbezogenen Erfolgsanteils erneut diskutiert werden. Die Geschäftsführung stellt sicher, dass die Verwendung den tatsächlich zur Verfügung stehenden Betrag nicht überschreitet.
4. Die Gesellschafterversammlung nimmt die mittelfristige Planung zur Kenntnis.

zu 6.3 Schülerbeförderungsvertrag
Vorlage: VII/2023/06642

Herr Hänsel fragte, warum der Vertrag so langfristig geschlossen wurde.

Frau Brederlow sagte, dass die Schülerbeförderungsverträge in der Regel langfristig abgeschlossen werden, um eine angemessene Sicherheit für die Kostenplanung zu gewährleisten. Der Vertrag bietet aber die Möglichkeit, Änderungen vorzunehmen, sofern sich die Rahmenbedingungen ändern.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass es ein angemessener Zeitraum ist und die HAVAG wie auch die Stadt eine gewisse Planungssicherheit haben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat ermächtigt den Oberbürgermeister den Vertrag zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler der Stadt Halle (Saale) (Anlage) mit einem Gesamtwertumfang von 13.353.627,00 € zu unterzeichnen.

zu 6.4 Wahl eines Vertreters des Landes Sachsen-Anhalt in den Aufsichtsrat der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2024/06746

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) weist den gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, folgenden Gesellschafterbeschluss der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH zu fassen:

Auf Vorschlag des Landes Sachsen-Anhalt wird Frau Sylke Schünemann in den Aufsichtsrat der MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH gewählt.

zu 6.5 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2024 im Fachbereich Städtebau und Bauordnung (Grundstückserwerb Campus Kastanienallee)
Vorlage: VII/2024/06740

Herr Dr. Thomas sagte, dass er der Vorlage nicht zustimmen kann, solange der Abriss die Vorzugsvariante der Stadt ist. Weiter sagte er, dass fast 7.000 Quadratmeter sanierungsfähiger Wohnraum kostengünstig angeboten werden könnte, welcher in der Stadt auch gebraucht wird. Er hält es für nicht zielführend, dass die Stadt den Abriss eines solchen Gebäudes erwägt.

Herr Wolter stimmte der Vorlage zu. Er bezog sich auf die Erläuterung des Deckungsnachweises der Verwaltung und fragte, was für Versuche unternommen wurden und warum eine Absage der Eigentümer erfolgt ist und in welcher Form.

Herr Rebenstorf sagte, dass ein Bestandteil im Sanierungsgebiet Stadtzentrum Halle-

Neustadt die Neusortierung der Parkieranlagen, insbesondere zwischen den Scheiben C und D ist. Hierzu hat es Gespräche mit den Eigentümern gegeben, in denen signalisiert wurde, dass keine Verkaufsbereitschaft besteht. Jedoch hatte die Stadt zeitgleich die Fördermittel beantragt. Aus diesem Grund wurde beschlossen, die Mittel in das Projekt Campus umzuschichten, da man hier unmittelbar vor der Umsetzung steht.

Herr Wolter sagte, dass der Finanzvorgang in den Vorlagen nicht ganz eindeutig dargestellt ist.

Herr Rebenstorf bat Herrn Wolter um nachträgliche Übermittlung, wo er Unklarheiten sieht.

Frau Ranft sagte, dass bei einer Zustimmung zur Beschlussvorlage nicht gleichzeitig auch einem Abriss des Gebäudes zugestimmt wird. Sie stimmte für die Vorlage.

Herr Sehrndt sagte, dass es kein aktuelles Verkehrswertgutachten gibt.

Herr Rebenstorf sagte, dass es mit der vorliegenden Vorlage nur um die Umwidmung der finanziellen Mittel geht. Alles Weitere zum Ankauf wird im nicht öffentlichen Teil besprochen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

10 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt eine überplanmäßige Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2024 für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.51108174.735 Grundstückserwerb Campus Kastanienallee (HHPL Seiten 423, 1203)

Finanzpositionsgruppe 782* Auszahlungen für Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen in Höhe von 387.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus der Finanzstelle:

PSP-Element 8.51108108.735 Stellplatzankauf Albert-Einstein-Straße (HHPL Seiten 461, 1203)

Finanzpositionsgruppe 782* Auszahlungen für Erwerb von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen in Höhe von 387.000 EUR.

Die Umsetzung erfolgt nach Erhalt der beantragten Umbewilligung der Fördermittel.

**zu 6.6 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für
das Haushaltsjahr 2024 im Fachbereich Mobilität (Busschleuse
Dieselstraße)
Vorlage: VII/2024/06757**

Herr Schramm fragte, was man darunter versteht.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Schranke in der Dieselstraße durch Vandalismus immer wieder beschädigt wurde. Er erklärte, dass mittels einer Busschleuse, ähnlich wie am Saalecenter in Halle-Neustadt, verhindert werden soll, dass PKW-Fahrzeuge durchfahren können.

Herr Schramm fragte, ob LKW-Fahrzeuge durchfahren können.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Feuerwehr und der Bus durchfahren können. Alles andere wäre eine Ordnungswidrigkeit.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob ein Rettungsfahrzeug durchfahren kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass es eine Abfrage mit allen Trägern öffentlicher Belange gab. Die Träger tragen diese Vorgehensweise mit.

Herr Scholtyssek fragte, wie die hohe Kostendarstellung zustande kommt. Er sagte, dass von diesem Geld die Schrankenanlage mindestens 100-mal repariert werden kann. Er fragte, ob eine finanzielle Abwägung vorgenommen wurde.

Herr Rebenstorf sagte, dass es hier nur um die Umwidmung der Mittel geht. Die inhaltliche Diskussion wurde bereits im Vergabeausschuss geführt.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass es dem Finanzausschuss wichtig ist, warum Geld ausgegeben wird.

Herr Dr. Lochmann sagte, dass nicht an allen Stellen, wo Durchfahrtsverbote herrschen, Hindernisstellen aufgebaut werden können. Weiter sagte er, dass aus Sicht seiner Fraktion ein Durchfahrtsverbot ausreicht.

Herr Rebenstorf sagte, dass der Schrankenbau Bestandteil der damaligen Planfeststellung für die Europachaussee war. Weiter sagte er, dass nur diese Möglichkeit infrage kommt, da der Umweg der Buslinie über die Leipziger Chaussee in Richtung Bruckdorf mindestens einen Bus mehr pro Jahr erfordern würde. Er wies darauf hin, dass bei Ablehnung des Beschlusses die Schranke bis auf Weiteres immer wieder repariert werden müsste.

Herr Sehrndt stimmte im Namen seiner Fraktion der Vorlage nicht zu.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass der Anspruch der Anwohner in dem Viertel aus dem Baurecht besteht und dass es nicht nur eine verkehrsrechtliche Sache ist. Er wies auf Einwohnerfragestunden im Stadtrat hin, in denen die Einwohner auf eine Verbesserung gedrängt haben.

Herr Scholtyssek äußerte seine Zweifel an der Lösung.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:**einstimmig abgelehnt***0 Ja / 6 Nein / 5 Enthaltungen***Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2024 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.54101181.700 Busschleuse Dieselstraße Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 250.000,00 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus nachfolgender Finanzstelle:

PSP-Element 8.54702010.705 ÖPNV/HAVAG/LZA (HHPL Seiten 648, 1197)
Finanzpositionsgruppe 681* Zuweisungen vom Land - ÖPNVG in Höhe von 250.000 EUR

Herr Rebenstorf sagte, dass die betreffenden Einwohnerinnen und Einwohner einen Anspruch gemäß dem Planungsrecht haben und somit wird künftig die Schranke nach Vandalismus immer wieder repariert.

Herr Schramm regte an, die Kosten für das Aufstellen von Blitzern und Ähnlichem zu prüfen.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Schaffung und Etablierung lizenzfreier Musik für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2023/06558**

Herr Sehrndt führte in den Antrag ein und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Thomas fragte, ob die Verwaltung die Gema-Rechnung des letztens Weihnachtsmarktes erhalten hat.

Herr Bürgermeister Geier sicherte eine Prüfung zu.

Frau Ranft stimmte im Namen ihrer Fraktion dem Antrag nicht zu. Sie sagte, dass sie auf die Fraktionen zukommt, um zu besprechen, wie man künftig bei Festen mit diesem Thema umgeht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:**mehrheitlich abgelehnt***1 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung prüft, ob der Stadsingechor und/oder andere Talente/Künstler dafür gewonnen werden können Gema-freie-Musik-Titel, thematisch sortiert, einzusingen/einzuspielen.
2. Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit bei Veranstaltungen sogenannte Gema-freie-Tage durchzuführen, um die exorbitant gestiegenen Lizenzgebühren der Gema zu kompensieren.
3. Die Stadtverwaltung prüft, ob bei diesen Gema-freien-Tagen stattdessen die in Punkt 1 eingespielte Musik verwendet werden kann.
4. Die Stadtverwaltung kontaktiert die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH zum Zweck der gemeinsamen Prüfung, ob die unter 1. eingespielten Titel auf Tonträgern die Angebotspalette des Stadtmarketings bereichern und vermarktet werden könnten.

**zu 7.3 Antrag der AfD- Stadtratsfraktion zur Angebotsanpassung bei der HAVAG
notwendig aufgrund massiver Kostensteigerungen
Vorlage: VII/2023/06455**

Es gab keine Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

2 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein, der Kostenexplosion entgegenwirkendes, verändertes Nutzungskonzept mit mindestens drei, idealerweise frei kombinierbaren, Angebotsanpassungsvorschlägen mit dem Ziel einer dauerhaften Kostenreduktion der Halleschen Verkehrs AG zu erreichen. Dieses soll dem Stadtrat bis spätestens März 2024 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

**zu 7.4 Antrag der Stadträte Klaus E. Hänsel und Torsten Schaper zur Neuregelung
der Kostenerstattung des Schülerverkehrs
Vorlage: VII/2023/06586**

Herr Hänsel führte in den Antrag ein und thematisierte dabei auch die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Wolter fragte, ob die Verwaltung mit dem gefassten Beschluss im Schuljahr 2025/26 handlungsfähig ist. Er fragte, wie sinnhaft die Hinweise von Herrn Hänsel und Herrn Schaper berücksichtigen können.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Hinweise nicht in den Vertrag hinein verhandelt werden können, da es keine haushaltsrechtliche Ermächtigung gibt. Er sagte, dass mit Blick auf die Freiwilligkeit der vorgeschlagenen Leistungen gleichzeitig auch zu diskutieren ist, was an anderer Stelle aus finanziellen Gründen dafür nicht stattfinden kann.

Frau Brederlow sagte, dass es keine willkürliche Festsetzung war, sondern dass aufgrund der Regelungen in der Schülerbeförderungssatzung gehandelt wurde. Weiter sagte sie, dass die Grundschüler Schuleinzugsbereiche haben, um entsprechend kurze Schulwege gewährleisten zu können. Diese Bereiche werden in Halle auch nicht aufgehoben.

Sie bezog sich auf das Schreiben der Kommunalaufsicht und sagte, dass sich dieses Schreiben und die Stellungnahme auf den Ursprungsantrag beziehen. Sie sagte, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt, deren Finanzierung die Stadt Halle (Saale) momentan nicht sicherstellen kann. Somit ist eine Vertragsaushandlung unter diesen Voraussetzungen unrealistisch.

Herr Hänsel sagte, dass es keine komplett freiwillige Leistung ist. Die freiwillige Leistung bezieht sich nur auf die Erweiterung des zeitlichen Rahmens. Weiter sagte er, dass der Teil, der sich auf die Personengruppe bezieht, keine freiwillige Leistung gem. § 71 SchulG ist. Dieser fällt aufgrund der Kilometerbegrenzung raus. Er wies darauf hin, dass man sich bei Entfall der Kilometerbegrenzung immer noch im Rahmen des Schulgesetzes bewegt und damit würde es eine Pflichtleistung bleiben.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass dies dann dem Landesverwaltungsamt mitgeteilt werden muss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

1 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung mit der HAVAG einen Vertrag über die Einführung eines kostenfreien Schülertickets im Bereich der Tarifzone 210 für Hallesche Schülerinnen und Schüler zum 1. Januar 2025, **unter Berücksichtigung der in Paragraph 71 Absatz 4A Schulgesetz LSA festgesetzten, gesetzlichen Eigenbeteiligung von 100,00 € pro Jahr für Schülerinnen und Schüler der 11. bis 13. Klasse**, auszuhandeln.
2. Anspruchsberechtigt sollen unabhängig von der Entfernung zwischen Wohnanschrift und Schule gemäß §71 (2) und 4 (a) des Schulgesetzes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.08.2018 alle Schülerinnen und Schüler mit erstem Wohnsitz in der Stadt Halle (Saale) aller im Stadtgebiet befindlichen allgemeinbildenden Schulen, einschließlich der Förderschulen und Schulen in freier Trägerschaft, vom 1. bis zum 13. Schuljahrgang sein.
3. Im Zuge der Vertragsverhandlungen ist zu prüfen, ob zur Reduzierung von Verwaltungs- und Vertriebskosten auf die Ausstellung von Tickets verzichtet werden kann und zum Nachweis der Berechtigung der Beförderung der anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler gemäß Nr. 2 die jeweiligen Schülerausweise ggf. in Kombination mit Personaldokumenten herangezogen werden können.
4. Das Schülerticket soll zeitlich nicht auf bestimmte Tage oder Tageszeiten beschränkt sein. In den Kostenermittlungen sollen jedoch optional auch die Kosteneinsparpotentiale für sinnvolle, zeitliche Beschränkungen abgebildet werden.

5. Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat den mit der HAVAG ausgehandelten Vertragsentwurf, einschließlich der entstehenden Kosten zur Einführung eines solchen Tickets, im April 2024 als Beschlussvorschlag vor. Die Kosten werden im Falle des Beschlusses zur Annahme des Vertrages durch den Stadtrat in den Haushaltsentwurf 2025 eingestellt.

zu 8 Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Dr. Mario Lochmann zum Gästebeitrag

Herr Dr. Lochmann fragte nach dem Stand des Verfahrens zum Gästebeitrag.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass zwischen den Verantwortlichen erste Abstimmungen stattgefunden haben und ein Jahresplan erstellt wurde.

Herr Dr. Meerheim bat um eine Mitteilung zu diesem Jahresplan.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek zum Stand des Jahresabschlusses

Herr Scholtyssek fragte nach dem Stand des Jahresabschlusses.

Herr Bürgermeister Geier sagte, dass die Verwaltung der gesetzlichen Vorgabe unterliegt, bis Ende des ersten Quartals die Zahlen zusammenzustellen und dem Rechnungsprüfungsamt zu übergeben. Dieser Verpflichtung kommt die Verwaltung entsprechend nach.

zu 10 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Dr. Meerheim** den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Anne Malisch
Stellvertretende Protokollführerin